Hildesheimer Allgemeine Zeitung v. 01.04.2017, S.18

Politiker wollen Kali-Abwasser regeln

Der Kreistag entzieht der Verwaltung die Entscheidung über die „wasserrechtliche Erlaubnis“

Von Tarek Abu Ajamieh

Giesen/Kreis Hildesheim. Darf der Düngemittelkonzern Kali und Salz (K+S) sein Bergwerk bei Giesen wieder in Betrieb nehmen? Der Beschluss darüber könnte noch einmal deutlich später fallen als geplant. Der Hildesheimer Kreistag hat am Donnerstagabend nach kurzer, scharfer Debatte mit großer Mehrheit dafür gestimmt, selbst zu entscheiden, ob und wie viel Salzabwasser K+S bei Giesen in die Innerste leiten darf.

CDU-Fraktionschef Friedhelm Prior, auf dessen Initiative das Votum zurückgeht, betonte, die Abgeordneten müssten sich vor einer Abstimmung darüber intensiv in die Materie einarbeiten und Grundsatzfragen klären. Dabei geht es unter anderem um einen zentralen Streitpunkt zum Bergwerks-Neustart: Ist es unvermeidlich, eine zweite Kalihalde bei Giesen aufzuschütten? Ob das nötig ist oder nicht, ist entscheidend für die Salzabwasser-Menge. Denn diese Abwässer entstehen, wenn Regenwasser über die Kalihalden abfließt und dabei Salz auswäscht. Zeit spielt erst einmal keine Rolle: „Verwaltungsverfahren müssen einfach, zügig und zweckmäßig durchgeführt werden“, zitiert Björn Völlmar, Sprecher des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), aus dem Gesetz. „Es gibt also keine Höchstdauer.“

Die „wasserrechtliche Erlaubnis“ müssen der Landkreis und das LBEG wie berichtet „im Einvernehmen“ erteilen. Dabei haben sie wenig Ermessensspielraum: „Jenseits zwingender Gründe sind die Möglichkeiten, die Einleitungs-Erlaubnis zu versagen, relativ begrenzt“, hatte das Umweltministerium in Hannover im Vorjahr erklärt. Heißt: Eine Ablehnung muss gut begründet sein, um im Fall einer Klage vor Gericht zu bestehen.

Deshalb steht die Frage nach der zweiten Kalihalde im Mittelpunkt des gesamten Genehmigungsverfahrens und auch der Abwasser-Frage: Ist es noch „Stand der Technik“, Abbau-Rückstände neben dem Bergwerk aufzuschütten? Darüber gehen die Meinungen auseinander. K+S und viele Fachleute sind überzeugt, dass es ohne Halde nicht geht. Jede andere Lösung sei absolut unwirtschaftlich und damit auch nicht „Stand der Technik“. Kritiker berufen sich allerdings auf Experten, die meinen, es gehe sehr wohl ohne zweite Halde.

„Das ist eine Frage, die wohl Gerichte klären müssen“, glaubt CDU-Fraktionschef Prior. Gleichwohl müsse der Kreistag versuchen, sich eine Meinung dazu zu bilden. Bei einer so gravierenden Entscheidung für die Region, die einerseits große wirtschaftliche Impulse, andererseits aber massive Umweltbelastungen mit sich bringen könne, sei das unabdingbar.

In die gleiche Kerbe hieb Nina Lipecki (Grüne). „Es geht um Arbeitsplätze für Jahrzehnte und Umweltverschmutzung für Jahrhunderte“, erklärte sie. „Wir suchen die minimale Belastung der Umwelt bei maximaler Rechtssicherheit – das wird sehr schwer, ist aber notwendig.“

Ist es nicht, findet der frühere CDU-Fraktionschef Christian Berndt: Der Kreistag sende ein „absolut falsches Signal: „Wir tun so, als könnten wir eine politische Entscheidung treffen. Aber es geht um eine Verwaltungs-Entscheidung nach Recht und Gesetz.“

Offenbar gehe es seinen Parteifreunden und der SPD darum, „die Erwartungen einiger Bürgerinitiativen“ zu erfüllen. „Wir sollten aber nicht den Anschein erwecken, dass der Kreistag schon spurt, wenn jemand nur laut genug schreit.“ Er sehe keinen Grund, der Kreisverwaltung eine solche Entscheidung nicht zuzutrauen, zumal der Kreistag kaum über mehr Sachverstand verfüge: „Ich sehe hier keine 64 Wasserbau-Ingenieure sitzen.“

Berndt erklärte, er habe sich ein ganz anderes Signal gewünscht: „Mehrere 100 Millionen Euro Investitionen, mehr als 300 dauerhafte Arbeitsplätze – ich hätte schon eine Idee, wie sich der Kreistag dazu positionieren könnte.“ Mit seinem Plädoyer fand er indes wenig Gehör: Neben ihm stimmten nur Unabhängige und FDP gegen den Antrag von SPD und CDU. Die Giesener Sozialdemokratin Iris Sikiera enthielt sich.

K+S selbst reagierte gestern auf Anfrage zurückhaltend: „Ob der Kreistagsbeschluss die Entscheidung im Planfeststellungsverfahren verzögert, können wir derzeit noch nicht beurteilen“, sagte Sprecher Ulrich Göbel. Er betonte noch einmal, die vom Konzern beantragten Einleitungsmengen „bewegen sich exakt im Rahmen dessen, was derzeit auch genehmigt ist“.

Dem Konzern dürfte eine Verzögerung erst einmal egal sein. Er hatte ohnehin angekündigt, im Fall einer Genehmigung nicht sofort mit dem Abbau zu beginnen, sondern die Fünf-Jahres-Frist nach der offiziellen Erlaubnis auszureizen – und abzuwarten, ob sich die Lage auf dem Weltmarkt wieder verbessert.

▲ Die Innerste bei Sarstedt: Wie viel Salzabwasser hineinfließen darf, will nun der Kreistag bestimmen. FOTO: HARTMANN

KOMMENTAR

Gewagtes Spiel

Von Tarek Abu Ajamieh

Der Kreistag will entscheiden, wie viel Salzabwasser in der Innerste landen darf – das ist mindestens mutig. Einerseits ist es ehrenwert, in einer so wichtigen Frage für die Region gewählten Volksvertretern das letzte Wort zu geben und nicht Beamten unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Andererseits ist die Frage, was die Abgeordneten fachlich für eine solche Entscheidung qualifiziert, nicht von der Hand zu weisen. Zumal sich selbst Experten nicht einig sind.

Problematisch ist auch: Die Entscheidung über das gesamte Projekt Neustart im Bergwerk fällt auch eine Behörde und kein Parlament. Da mutet es etwas seltsam an, wenn ein lokales Gremium über einen Teilaspekt des Ganzen befindet.

Der Kreistag hat sich selbst gewaltig unter Druck gesetzt. Denn die Versuchung, Meinung und Gefühl in die Entscheidung einfließen zu lassen, wird enorm sein. Trifft das Gremium aber einen Beschluss, mit dem es vor Gericht auf die Nase fällt, hat es sich mächtig blamiert – und ein Zeichen gesetzt, dass man solche Entscheidungen besser Behörden als Politikern überlässt.

So oder so: Was der Kreistag in dieser Frage tut und entscheidet, wird nicht nur im Raum Hildesheim mit Argusaugen beobachtet werden, sondern weit darüber hinaus.